

29.08.2013

Kleine Anfrage 1581

des Abgeordneten Ralf Witzel FDP

Finanzminister sorgenfrei im Steuerparadies – Welchen konkreten eigenen Aufklärungsbeitrag leistet der Portigon-Aufsichtsrat zur transparenten Untersuchung des Offshore-Pensionssystems auf Jersey?

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans sucht gezielt im Vorfeld der Bundestagswahl eine offene Konfrontation mit der Bundesregierung im Wettstreit um die härteste Vorgehensweise gegen Steuerdelikte in unserem Land. In einer aktuellen Medieninformation vom 19. August 2013 unterstellt er dem Bund beispielsweise, „offenkundig bewusst inkonsequent gegen Steuerhinterziehung“ zu agieren.

Ausweislich seines Pressestatements Nr. 676 führt der Finanzminister unter anderem dazu wörtlich aus:

„Das zeigt die wahre Haltung dieser Bundesregierung gegenüber organisierter Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Mit der Wahl des Zeitpunkts für die Unterschrift in den Sommerferien hat der Bundesfinanzminister offenbar geglaubt, dass es die Masse der Bürgerinnen und Bürger nicht merkt, aber eine gewisse Klientel noch vor der Wahl das Signal erhält, dass es mit den starken Tönen gegen Steuerhinterziehung nicht ganz so ernst gemeint ist.“

An diesem artikulierten eigenen Anspruch wird sich der Finanzminister sicher auch selber gern messen lassen wollen, wenn es um die lückenlose Aufklärung der in Rede stehenden Konstruktion des Portigon-Pensionsfonds geht. In seinem Recherchebeitrag „Sorgenfrei im Steuerparadies“ vom 2. August 2013 tätigt das Handelsblatt bemerkenswerte Enthüllungen zu den Aktivitäten der Personalservicegesellschaft „Portigon International Services Ltd.“, die seit 1998 Pensionspläne für Anspruchsinhaber des WestLB-Konzerns betreibt. Die sich im alleinigen Landeseigentum befindende Portigon AG betreibt als Rechtsnachfolger der WestLB in der Offshore-Destination Jersey eine Briefkastenfirma ohne eigenes Personal für die Altersvorsorge der WestLB-Beschäftigten. Die Kanalinsel Jersey gilt als Steueroase, die bisher kaum am internationalen Austausch von Bankdaten teilnimmt. Jersey gehört nicht zum Vereinigten Königreich und ist nicht vom britischen Parlament abhängig und verfügt daher über eine eigene Gesetzgebung, Verwaltung und ein autonomes, völlig unabhängiges Steuersystem, mit dem das Ziel verfolgt wird, diverse ausländische Investoren anzulocken.

Datum des Originals: 28.08.2013/Ausgegeben: 29.08.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Pensionspläne der Landesbank werden auch gegenwärtig und weiterhin von Jersey aus administriert. Mit einer zeitnahen Beendigung dieses Geschäfts ist nicht zu rechnen. Inhalt dieser Plattform ist es offenbar, Altersvorsorge durch Gehaltsumwandlung zu bilden. Zu der Frage, welche steuerlichen Auswirkungen dieses Pensionssystem für den deutschen Fiskus hat, gibt es bislang keine hinreichende Klarheit.

Die zuvor zitierte Berichterstattung legt die Vermutung nahe, „dass es auch bei der WestLB um ein System zur – wenn auch möglicherweise legalen – Steuervermeidung für Bankerboni ging.“ Vergleiche mit anderen Pensionsplänen zeigten die Intention der Errichter, hohe Boni vor dem Zugriff des Fiskus zu bewahren. Die Zulässigkeit dieser Konstruktionen werde daher auch gegenwärtig im Ausland vor Gerichten verhandelt.

Begünstigte des innovativen Pensionssystems sind offenbar Spitzenbanker der WestLB am Finanzplatz London, die angeblich nicht britischer Nationalität gewesen sind. Sollten auch in Deutschland steuerpflichtige Großverdiener der Landesbank von diesem Jersey-Konstrukt betroffen sein, stellt sich mithin nicht nur die allgemeine Frage, warum bloß Modelle für eine auch hierzulande übliche Entgeltumwandlung in Altersvorsorge ausgerechnet von besagter Kanalinsel aus aufgelegt worden sind und nicht im deutschen Rechtsrahmen, sondern ob und wie sichergestellt gewesen ist, dass die deutschen Steuerbehörden vollumfänglich Kenntnis von den Finanzströmen gehabt haben.

Bereits gegenüber der Rheinischen Post (im Artikel „WestLB-Geschäfte in Steueroasen“ vom 6. Mai 2013) hat Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans erklärt:

„Mir liegen weder Informationen über legale noch über illegale Praktiken der WestLB beziehungsweise Portigon im Zusammenhang mit der Umgehung von Steuerzahlungen vor.“

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans sitzt derzeit als Eigentümerversorger für das Land im Aufsichtsrat der Portigon AG. Es ist aufgrund seiner bisherigen Einlassungen fest davon auszugehen, dass er im Interesse des nordrhein-westfälischen Steuerzahlers die lückenlose Aufklärung des Jersey-Pensionssystems proaktiv vorantreibt, seitdem ihm diese Umstände bekannt sind, um alle nach der öffentlichen Berichterstattung aufgeworfenen Fragen auch vollumfänglich zu klären. Dies dürfte insbesondere auch im hohen Interesse der Portigon AG liegen – insbesondere dann, wenn es keinerlei rechtlichen oder tatsächlichen Grund für ein Schweigen zu den Vorgängen geben sollte.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Seit welchem Datum genau hat Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans erstmals Kenntnis von dem Umstand der Existenz des Jersey-Pensionssystems erlangt?
2. Wann genau hat der Finanzminister in Wahrnehmung seiner Eigentümerversorgerverantwortung, jeweils differenziert nach den einzelnen Maßnahmen, konkrete Schritte zur Aufklärung der Vorgänge und Konstruktion des Jersey-Pensionssystems unternommen?
3. Wie viele Deutsche sowie in Deutschland üblicherweise steuerpflichtige Personen haben sich seit Gründung des Jersey-Pensionssystems im Kreis dieser Anspruchsberechtigten befunden? (Angaben bitte in absoluten Zahlen und anteilig an der Gesamtzahl der vom Pensionssystem Begünstigten)

4. Auf welche Weise ist seitens der WestLB / Portigon AG sichergestellt oder wenigstens darauf hingewirkt (worden), dass eine ordnungsgemäße steuerliche Behandlung dieser Ansprüche aus dem Jersey-Pensionssystem erfolgt?
5. Welchen konkreten Sachgrund hat es dafür gegeben, ein Pensionssystem auf Basis von Entgeltumwandlung in der genau hier praktizierten Konstruktion und Funktionsweise ausgerechnet in der Offshore-Destination Jersey bislang und weiterhin zu betreiben? (präzise Erläuterung der Wirkungsweise dieses Pensionsmodells ausdrücklich erbeten)

Ralf Witzel